

Wasserträume und Wasserräume

Arnošt Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus. Ein umwelthistorischer Vergleich anhand der tschechoslowakischen und rumänischen Wasserwirtschaft 1948–1989 (Schnittstellen; Bd. 8), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2017, 378 S., 22 Abb., 59,99 €

Umweltgeschichte boomt. Auch rücken in jüngster Zeit endlich verstärkt die Staaten des ehemaligen Ostblocks in das Interesse der Forschung. Diesen Ländern wurde nach dem Fall des »Eisernen Vorhanges« vielfach pauschal unterstellt, dass die vorhandenen, teils gravierenden Umweltprobleme auf eine ignorante Haltung der kommunistischen Regime sowie auf systemische Defizite der Planwirtschaft zurückzuführen seien, die zwangsläufig einen Raubbau an der Natur nach sich gezogen hätten. Der ökologische Kollaps wäre demnach vorprogrammiert gewesen. Diese im Geiste der Totalitarismustheorie stehende Argumentation ist aber nicht nur aufgrund der ihr innewohnenden Teleologie problematisch, sondern auch, weil sie wichtige Akteurs- und Handlungsebenen ausblendet. Denn im Fokus solcher Behauptungen standen bislang vorwiegend die 1980er Jahre als Periode des Niederganges sowie Gruppen in gesellschaftlichen Nischen, die aufgrund ihrer systemkritischen Haltung mit den Regimen in Konflikt geraten waren. Demgegenüber wurden die Partei- und Staatsapparate sowie die Bevölkerung vorwiegend als homogene Einheiten gezeichnet, die den Problemen antagonistisch beziehungsweise passiv gegenüber eingestellt waren.

Der Blick auf die Umweltgeschichte des ehemaligen Ostblocks wandelt sich jedoch seit einigen Jahren. Die Soziologin

Zsuzsa Gille kritisiert in einer Studie über den Umgang mit Abfällen in Ungarn, dass der westliche Maßstab, der an das umwelthistorische Urteil über sozialistische Staaten angelegt werde, den Blick auf spezifische Hintergründe und Eigenheiten versperre. Julia Obertreis hat darauf hingewiesen, dass Diskussionen über Umweltprobleme und auch Umweltprotest in staatssozialistischen Gesellschaften deutlich früher einsetzten als bislang angenommen. Demnach hätten sich beispielsweise in der UdSSR bereits in den 1960er Jahren »nicht-institutionalisierte Koalitionen für den Umweltschutz« gebildet, die von Experten in Behörden, Naturwissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten getragen wurden. Und Julia Herzberg macht im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine ökologische Erfahrungsgemeinschaft Ostmitteleuropas aus, die noch weitestgehend unerforscht ist.

In diese Kerbe schlägt auch das vorliegende Buch. Arnošt Štanzel untersucht darin aus umwelthistorischer Perspektive den Umgang mit Wasser in der ČSSR und der Volksrepublik Rumänien zwischen 1948 und 1989. Dem Verfasser gelingt es sehr anschaulich, das eingangs beschriebene Narrativ zu widerlegen und mithilfe einer vergleichenden Methodik einen inhaltlich ausgewogenen Blick auf die Umweltgeschichte beider Staaten zu werfen.

Štanzel fragt danach, wie die kommunistischen Eliten der beiden Staaten mit Natur umgingen und inwieweit umgekehrt naturale Faktoren die Politik der kommunistischen Regime beeinflussten. Ferner geht es ihm darum, die umwelthistorischen Entwicklungen in der ČSSR und in Rumänien in einen internationalen Kontext einzuordnen, um vorherrschende Narrative kritisch überprüfen zu können. Untersuchungsgegenstand der Studie ist die Wasserwirtschaft: Der

Verfasser analysiert den Staudammbau in den Karpaten, die Regulierung und Nutzbarmachung der Donau sowie den Umgang beider Staaten mit Abwässern. Wasserbauten und insbesondere Staudämme, so eine Grundannahme seiner Untersuchung, repräsentieren als Kultur-Natur-Hybride in besonderer Weise das Beziehungsgeflecht von Mensch und Natur und erlauben daher Rückschlüsse auf die Umweltgeschichte beider Staaten.

Štanzel kann nachweisen, dass der Umgang mit Wasserbaumaßnahmen und Abwasserproblemen in beiden sozialistischen Staaten Parallelen zu anderen Industriegesellschaften aufwies. Am Beispiel der Geschichte des Orava-Stausees in der Slowakei zeigt er, dass es unterschiedliche Phasen der naturräumlichen Nutzung in der ČSSR gab. Während die sozialistischen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die industrielle Entwicklung der Region in den Vordergrund rückten, setzte ab Mitte der 1950er Jahre eine Periode der Überlagerung durch touristische Nutzungsansprüche ein, die im darauffolgenden Jahrzehnt einer Phase des sensibleren Umgangs mit der Natur den Weg ebnete, in der man sogar den Rückbau von Industriebetrieben diskutierte. Das postsozialistische Argument, die sukzessive Unterschützstellung dieses Naturraumes sei nur deshalb erfolgt, weil es dem Regime an Mitteln gefehlt habe, um die entlegene Region weiter industriell zu erschließen, wird von Štanzel widerlegt.

In Rumänien vollzog sich ein solcher Perspektivwechsel hingegen nicht. Das kommunistische Regime betrachtete die peripheren Gebiete der Karpaten, so Štanzel, bis zu seinem Niedergang ausschließlich als Energie- und Ressourcenlieferanten für die Ballungsräume in den Tiefebenen. Nachdem es sich aus einer anfänglich bestehenden technologischen Abhängigkeit von der UdSSR emanzi-

piert und aus ersten Erfahrungen gelernt hatte, trieb das Regime den hydroenergetischen Ausbau der Region ab Mitte der 1960er Jahre voran. Dass die neu entstandenen Stauseen in Rumänien anders als in der ČSSR nicht unter Naturschutz gestellt wurden, führt Štanzel auf eine Dichotomie zwischen Mensch und Umwelt zurück, die eine Folge der unter anderen Bedingungen verlaufenden nachholenden Industrialisierung gewesen sei und einen einseitigen Raubbau an der Natur begünstigt habe.

Die sich anschließenden Fallbeispiele der Donauregulierung und der Gewässerreinigung verweisen demgegenüber auf analoge Entwicklungen in beiden sozialistischen Staaten. Štanzel kommt zu dem Ergebnis, dass die sozialistischen Eliten in der ČSSR beim Ausbau der Donau stets ökonomische Ziele verfolgt hätten, obwohl ihnen die Konsequenzen ihres Handelns für die Natur immer bewusst waren. In Rumänien war die Regulierung der Donau bis in die 1980er Jahre zudem in besonderer Weise ein Ausdruck des Macht- und Ordnungsanspruches des kommunistischen Regimes. Ähnlich sah die Situation auf dem Feld der Gewässerreinigung aus: Zwar existierten in beiden sozialistischen Staaten eine Reihe von Gesetzen, die den Gewässerschutz regelten, in der Realität jedoch nicht umgesetzt oder schlichtweg ignoriert wurden. Auseinandersetzungen über den Umgang mit der Abwasserfrage innerhalb des tschechoslowakischen Staatsapparates und ein in den 1960er Jahren zunehmender Einfluss von wissenschaftlichen Experten auf die Politik veranschaulichen allerdings, dass der Nachhaltigkeitsgedanke auch in sozialistischen Gesellschaften mehr Gewicht erhielt. Darüber hinaus zeige der Vergleich mit anderen Staaten, dass weder die naturschädigenden Eingriffe in die Donau noch der ökologisch problematische Um-

gang mit Abwässern ein sozialistisches Spezifikum waren, sondern im Gegenteil überall dort anzutreffen sind, wo Gesellschaften den Weg in die industrielle Hochmoderne vollziehen. Das gestörte Verhältnis zwischen Mensch und Natur verweise vielmehr auf die Mehrdimensionalität der von den sozialistischen Eliten diskutierten Naturvorstellungen, so Štanzel.

Doch bei aller Zustimmung finden sich auch einige Kritikpunkte. Der von Štanzel gewählte Blick auf Parteieliten blendet sowohl die Wahrnehmung der Bevölkerung als auch die Perspektive wirtschaftlicher Funktionsebenen weitestgehend aus. Eingaben beziehungsweise Briefe aus der Bevölkerung, die für staatssozialistische Gesellschaften nachweislich eine wichtige Rolle spielten, hätten hier womöglich wichtige Erkenntnisse liefern können. Die von Štanzel gewählte Vergleichsanordnung, so gewinnbringend sie auch ist, birgt ebenfalls Probleme, da ihr wichtige Erkenntnisse verloren gehen. So verweist Štanzel selbst darauf, dass der tschechische Landesanteil aufgrund der frühen und dichten Industrialisierung des böhmischen Beckens bereits über historische Erfahrungen im Umgang mit Umweltproblemen verfügte. Hier wäre es aufschlussreich gewesen, mehr über vorhandene Akteure, Strukturen und Debatten sowie deren Einflüsse auf das Mensch-Umwelt-Verhältnis im slowakischen Landesteil zu erfahren. Interessant hätte es auch sein können, vor dem Hintergrund der Einordnung der Forschungsergebnisse in den internationalen Kontext den Wachstumsbegriff kritischer zu diskutieren. Denn Wachstum ist bekanntlich nicht gleich Wachstum: Während die Wachstumsfixierung des Kapitalismus in den 1970er Jahren als eine wesentliche Ursache für die moderne (westliche) Umweltproblematik ausgemacht wurde, waren ausbleibendes

Wachstum und, damit verbunden, eine unzureichende Modernisierung und Rationalisierung industrieller Produktionsprozesse wesentliche Faktoren für die ökologische Krise, in die die Staaten des Ostblocks in den 1980er Jahren gerieten. Diese kritischen Anregungen schmälern jedoch nicht den Gesamteindruck der anregenden und gut informierten Studie, die neugierig auf den gerade erst begonnenen Prozess der Aufarbeitung der Umweltzeitgeschichte des ehemaligen Ostblocks macht.

Christian Möller (Bielefeld)